



# home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe November/Dezember 2019

## Danach Mahnmale für NSU-Opfer geschändet

**N**icht genug damit, dass die Menschen tot sind – die Mahnmale für die Opfer des rechtsextremistischen NSU-Terrors sind ebenfalls immer wieder Ziele von Angriffen. Wie die Zeitung „Welt am Sonntag“ berichtet, sollen in fünf von acht Städten die Mahnmale für NSU-Opfer geschändet worden sein: so geschehen in Kassel, Rostock, Nürnberg, Heilbronn und Zwickau. In der sächsischen Stadt ereignete sich auch das bislang jüngste Vorkommnis dieser Art, wo die Täter einen Gedenkbaum absägten. Andernorts wurden Mahnmale mit Hakenkreuzen beschmiert oder anderweitig beschädigt. Dem Bericht zufolge sollen in keinem dieser Fälle die Verantwortlichen ausfindig gemacht worden sein.

Keine Attacken gegen NSU-Mahnmale wurden demnach bisher aus Dortmund, Hamburg, München sowie Köln bekannt. In der rheinischen Metropole hatten die NSU-Mörder bei zwei Bombenattentaten zehn Menschen getötet. Dort kann sich keine Gewalt gegen ein entsprechendes Mahnmal richten, weil es kein solches gibt.



## Umfrage: Spendenbereitschaft der Deutschen nimmt ab

**N**ur jeder sechste Deutsche hat fest vor, in Zukunft eine wohltätige Organisation mit einer Geldspende zu bedenken. Das geht aus einer aktuellen Studie des Meinungsforschungsinstituts YouGov zum Thema „Spenden und Spender der Zukunft“ hervor. In der Befragung erklärte sich fast die Hälfte der Teilnehmer „vielleicht“ oder „wahrscheinlich“ zu einer finanziellen Unterstützung bereit. Und jeder dritte Befragte gab an, nicht vorzuhaben, künftig zu spenden. Im Vergleich mit der Vorgängerbefragung aus dem Jahr 2014 sei damit der Anteil finanzieller Unterstützer um fünf Prozentpunkte zurückgegangen, kommentierte YouGov.

## UN-Mitglieder wollen sich stärker gegen Armut einsetzen

**B**eim jüngsten Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nationen Mitte Oktober in New York haben die internationalen Staaten beschlossen, sich verstärkt dem Kampf gegen Armut zu widmen. In einer gemeinsamen Erklärung stellten die beteiligten Staaten fest, dass es dringend notwendig sei, die Bemühungen zu steigern, um die Ziele für ein besseres Leben weltweit bis 2030 zu erreichen. Deshalb soll die kommende Dekade ein Jahrzehnt der Aktivitäten und der Umsetzung werden, wie es in der gemeinsamen Verlautbarung heißt.

Anlässlich dieses Gipfeltreffens musste die internationale Gemeinschaft Defizite bei der Umsetzung der 2015 vereinbarten 17 Ziele einräumen, die das Leben aller Menschen verbessern sowie ihnen ein Dasein in Würde und Wohlstand ermöglichen sollen. Nun werde man diese Vorhaben mit deutlich mehr Einsatz angehen, versicherte die Staatengemeinschaft.

# Auf dem rechten Auge blind?

## Experten warnen: Rechtsextremes Gedankengut kommt aus der Mitte der Gesellschaft

*Der deutschen Politik, Exekutive und insbesondere auch dem Verfassungsschutz wird schon länger vorgeworfen, rechtsextreme Gewalt zu verharmlosen. Diese Institutionen seien zu lange auf dem rechten Auge blind gewesen, lautet derzeit häufig geäußerte Kritik. Selbst nach der Mordserie der neonazistischen Terrororganisation NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) habe die deutsche Exekutive die rechtsextreme Szene nicht ernst genug genommen, wird den Verantwortlichen vorgehalten. Erst jetzt, nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und dem Anschlag von Halle, werde man sich der Gefahr von rechts bewusst. So kündigte nicht nur der Bundesinnenminister nach der Ermordung des Regierungspräsidenten von Kassel an, dass man von nun an anders mit dem Problem rechtsradikaler Gewalt umgehen werde: Man werde aufmerksamer hinschauen, aber auch mehr Energie und Geld in die Bekämpfung rechtsextremer Gewalt stecken, heißt es von offizieller Seite.*



Foto: iStock, yuriz

**A**uch die Sicherheitsbehörden stufen Rechtsextremismus inzwischen zunehmend als Gefahr für die Sicherheit in Deutschland ein. Ganz allgemein definiert das Bundesinnenministerium (BMI) politisch motivierte Straftaten im Gegensatz zur Allgemeinkriminalität als Bedrohung vor allem für die demokratischen Grundwerte des deutschen Gemeinwesens und die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte. Die Täter verfolgten mit den Taten politische Ziele bzw. fühlten sich bei der Begehung durch eine Ideologie oder ein Gefühl angeblicher Überlegenheit gegenüber den Tatopfern gerechtfertigt, heißt es weiter. Daher würden die Täter häufig kein Unrechtsbewusstsein entwickeln.

Beim Rechtsextremismus bildet rassistisches und nationalistisches Gedankengut, wie es die Kernideologie des Nationalsozialismus ausmachte, die Basis für die Sicht auf die Welt. Konkret geht es dabei um die Furcht vor einer an-

geblichen Zerstörung, einer angeblichen Vernichtung der angeblich authentischen Völker, wie der Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, Matthias Quent, in einem Interview des Deutschlandfunks erläuterte. Auf diesem geistigen Nährboden gedeihen dann auch Ideen wie die des sogenannten Bevölkerungsaustauschs. Dieser Kampfbegriff der Rechten impliziert, dass nach einem geheimen Plan weiße Mehrheitsbevölkerungen gegen muslimische oder nicht-weiße Einwanderer ausgetauscht werden sollen.

### Rechtsextremes Gedankengut kommt aus dem Mainstream

Solchen Verschwörungstheorien hängen laut Quent offenbar mehr Menschen an, als bisher angenommen. Dieses Gedankengut komme aus dem Mainstream, stellt der Wissenschaftler in dem Interview fest. Er erklärt darin, dass 40 bis 50 Prozent der deutschen Bevölkerung zum Beispiel rassistische, islamfeindliche bzw. muslimfeindliche Überzeugungen teilen würden. Solche Aussagen, Einstellungen, Mentalitäten bedrohen Quent zufolge nicht von außen die Gesellschaft, sondern stellen aus ihrem Inneren heraus demokratische Grundwerte infrage. Das sei der Einstellungsboden, der dann radikalisiert werden könne, warnt der Rechtsextremismusforscher. In Chemnitz im vergangenen Jahr, beim NSU oder jüngst auch in Neuseeland habe sich gezeigt, dass es ein Potenzial

von lebenden Zeitbomben mit diesem ideologischen Background gebe, das auch schnell mobilisiert werden könne, verdeutlicht der Wissenschaftler.

Daher hält er das Risiko für rechten Terror im Grunde für permanent sehr groß. Denn wir haben alle Zutaten, so Quent: Es gebe eine gesellschaftliche Polarisierung und eine Diskussion, in der die Kernthemen der radikalen Rechten, wie etwa antimuslimischer Rassismus, sehr hoch im öffentlichen Fokus stehen. Zudem seien die rechtsextremen Strukturen inzwischen fest verankert, bestens vernetzt und hoch professionell. Und Quent macht auf die Gefahr aufmerksam, die aus seiner Sicht davon ausgeht, dass es eine ganze Reihe von Einzelpersonen gibt, die bereit sind, Gewalttaten zu begehen, und die das auch bekunden. Dies geschehe auf einem niedrigschwelligen, also nicht gleich terroristischen Niveau, aber im Grunde doch permanent, macht der Rechtsextremismusexperte deutlich.

Als regelrechte Gefährder, also als Personen, denen ein Anschlag zuzutrauen ist, stuft die Polizei aktuellen Zahlen zufolge derzeit zwar „nur“ 43 Rechtsextremisten ein. Doch der Bundesverfassungsschutz zählt insgesamt 12.700 Personen zur gewaltbereiten rechtsextremen Szene.

Für riskant halten Fachleute aber auch Verstrickungen der rechtsextremen Szene in die Behörden hinein. Es sei bislang noch weitgehend unklar, inwieweit es eine Verankerung rechtsextremer Netzwerke in der Polizei, in der Bundeswehr und in anderen Behörden gebe und ob dort wirklich alles Nötige unternommen werde, um diese Verstrickungen aufzudecken, mahnen Experten. Kritiker sehen darin eine mögliche Erklärung, warum sich – nach Ihrer Einschätzung – Behörden über viele Jahre hinweg als auf dem rechten Auge blind erwiesen haben sollen. Doch nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten und den jüngsten Morddrohungen gegen Politiker schienen die Verantwortlichen nun aufgeschreckt. Insofern halten Fachleute es für möglich, dass die jüngsten Ankündigungen des Bundesinnenministers zu einem härteren Vorgehen gegen rechtsextremistische Gewalt auch tatsächlich Realität werden.

## Rechtsextreme Gewalt in Deutschland

(Auszüge)



Zu Straftaten, die von Rechtsextremen aufgrund ihrer Gesinnung begangen werden, zählt insbesondere Gewalt gegen Ausländer, Juden, Muslime, politische Gegner oder Vertreter des Staates. Im vergangenen Jahr listeten offizielle Statistiken 1.156 solcher Gewalttaten auf. Opfer rechtsextremer Gewalt werden in Deutschland erst seit der Wiedervereinigung 1990 registriert. Nach Behördenangaben kamen seitdem 85 Menschen infolge rechter Gewalt ums Leben. Andere Quellen gehen hingegen von mindestens 169 rechtsextremistisch motivierten Morden aus.



Als eines der ersten von Rechtsextremen zu verantwortenden Todesopfer gilt der Angolaner Amadeu António Kiowa, der im November 1990 von einer Gruppe Neonazis zusammengeschlagen und mit Tritten gegen den Kopf getötet wurde.



Anfang der 1990er Jahre passierten auch die Brandanschläge gegen Asylbewerber bzw. Ausländer unter anderem in Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen.



Zwischen 2000 und 2007 töteten die polizeibekanntesten Neonazis Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos von der sogenannten NSU neun Migranten sowie eine Polizistin und verübten Sprengstoffanschläge.



Im Oktober 2015 verletzte ein Rechtsradikaler die Kandidatin bei der Oberbürgermeisterwahl in Köln, Henriette Reker, mit einem Messer lebensgefährlich – Motiv: Rekers Ansichten in der Flüchtlingspolitik.



2015 und 2016 stieg die Zahl der politisch begründeten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte auf neue Höchstwerte: Allein 2016 wurden fast 1.000 solcher Straftaten registriert.



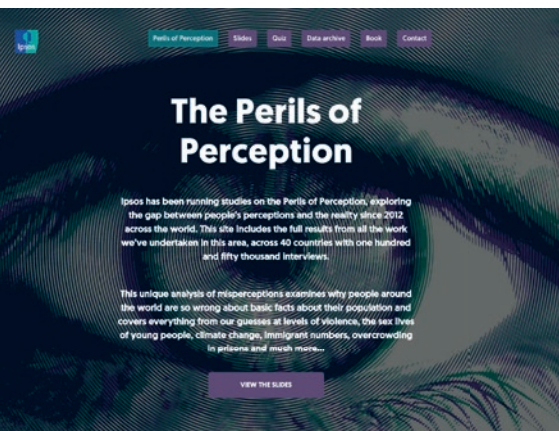
2019: Mord an dem Regierungspräsidenten von Kassel, Walter Lübcke.



Nach einem Anstieg rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten in den Jahren 2015 und 2016 und einem deutlichen Rückgang im Jahr 2017 erfasste der Verfassungsschutz 2018 insgesamt 19.409 solcher Delikte – nach 19.467 im Jahr zuvor. Die Zahl der 2018 erfassten rechtsextremistischen Gewalttaten erhöhte sich dagegen im Vergleichszeitraum von 1.054 auf 1.088.



# Studie: Die Kluft zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit ist bei Deutschen besonders groß



Screenshot: perils.ipsos.com

Die Deutschen schätzen viele soziale Realitäten häufig vollkommen falsch ein. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Studie „Perils of Perception“ des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos. Verglichen mit anderen Ländern irren sich die Bundesbürger demnach sogar überdurchschnittlich oft. Ein Bereich,

Befragten lag mit 30 Prozent doppelt so hoch wie der tatsächliche Wert mit 15 Prozent. Auch der Anteil an Muslimen in der Bevölkerung wird stark überschätzt. Nach Wahrnehmung der Befragten wäre jeder fünfte Bundesbürger (21 Prozent) ein Muslim – tatsächlich liegt der Anteil dieser Glaubensangehörigen an der Gesamtbevölkerung jedoch bei lediglich 4 Prozent. Das ist nicht einmal ein Fünftel des Schätzwertes, wie Ipsos betont.

Nach Einschätzung der Befragten befinden sich auch 20 Prozent der Bundesbürger im erwerbsfähigen Alter auf der Suche nach Arbeit – in Wahrheit sind derzeit nicht einmal 4 Prozent der Deutschen arbeitslos.

in dem die persönliche Wahrnehmung vielfach nicht mit der Realität übereinstimmt, ist laut Ipsos die Migration. So wurde in der Befragung der Anteil von Einwanderern an der Gesamtbevölkerung in Deutschland deutlich zu hoch eingestuft: Die durchschnittliche Schätzung der

## Neuer Verteilungsbericht: Ungleichheit in Deutschland auf neuem Höchststand

Die Kluft zwischen arm und reich war hierzulande noch nie so groß wie zurzeit. Bei den verfügbaren Einkommen hat sich die Schere in Deutschland weiter geöffnet. Trotz der über Jahre guten wirtschaftlichen Entwicklung befindet sich die Einkommensungleichheit in der Bundesrepublik auf einem historischen Höchststand – und sie nimmt weiter zu. Das sind die wesentlichen Aussagen des neuen Verteilungsberichts des Wirtschafts und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung.

Danach lag der sogenannte Gini-Koeffizient, das gebräuchlichste Maß für Ungleichheit, Ende 2016 sogar noch um zwei Prozent

höher als 2005, jenem Jahr, das unter Forschern nach einem drastischen Anstieg der Einkommensspreizung seit Ende der 1990er Jahre als besonders „ungleich“ gilt, wie das WSI berichtet. Die Wissenschaftler machen im Wesentlichen zwei Faktoren für das Anwachsen der materiellen Ungleichheit in den vergangenen Jahren verantwortlich: So sollen die Bevölkerungsgruppen mit hohem Einkommen von sprudelnden Kapital- und Unternehmenseinkünften profitiert und dadurch die große Mehrheit der Haushalte in Deutschland beim verfügbaren Einkommen deutlich hinter sich gelassen haben.

Gleichzeitig seien die 40 Prozent der Haushalte mit den geringsten Einkommen zurückgefallen – auch gegenüber der Mitte, berichtet das Institut. Die mittleren Einkommen wiederum nahmen demnach wegen der guten Arbeitsmarktlage und spürbarer Lohnsteigerungen real solide zu. Dementsprechend liege die Armutsquote ebenfalls auf hohem Niveau, stellt das WSI fest.

### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE  
Schürmannstraße 22 a  
45136 Essen  
DEUTSCHLAND  
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der  
European Homecare GmbH  
Grugaplatz 2-4  
45131 Essen

